

Der Schulstreit kommt jetzt vor Bundesgericht

Die Lausanner Richter entscheiden über
den Lehrplan 21 und die Fremdsprachenfrage.

Tages-Anzeiger, 4.7.2016

Anja Burri
Bern

Nach ersten kantonalen Abstimmungen über den Lehrplan 21, der erstmals für alle Deutschschweizer Schulkinder die gleichen Lernziele vorgeben soll, müssen sich nun auch die Bundesrichter mit dem Thema befassen. Lehrplangegner aus dem Kanton Schwyz haben eine Beschwerde eingereicht. Sie wehren sich gegen den Entscheid des Schwyzer Kantonsrats, der im November ihre Initiative gegen den Lehrplan 21 für ungültig erklärt hatte. Unter anderem verstosse das geforderte Referendumsrecht bei der Einführung neuer Lehrpläne gegen die Kantonsverfassung, befand das Parlament. Diese Argumentation können die Initianten nicht nachvollziehen: «Berechtigte demokratische Forderungen wurden mit juristischen Spitzfindigkeiten ausgetrickst», sagt Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Initiativkomitees. Man hoffe, dass die Richter die Initiative zumindest teilweise für gültig erklären.

Auch zum Fremdsprachenunterricht wird sich das Bundesgericht äussern müssen. Die Sprachenorganisation Pro Grigioni Italiano ist an die Lausanner Richter gelangt. Ihr Ziel: Die Bündner Fremdspracheninitiative soll für ungültig erklärt werden. Sie will die zweite

obligatorische Fremdsprache in der Primarschule streichen und als erste Fremdsprache Englisch oder Deutsch vorschreiben. Das kantonale Verwaltungsgericht hatte die Initiative im Mai für gültig befunden. Das gehe nicht an, finden die Beschwerdeführer: «Die Initiative führt unweigerlich zu einer Privilegierung der deutschen und einer nicht zu rechtfertigenden Diskriminierung der italienischen und rätoromanischen Sprachen», sagt Staatsrechtler Andreas Auer, der die Beschwerde verfasst hat.

Selbst wenn die beiden Volksinitiativen vom Bundesgericht gestoppt werden, stehen die nächsten Abstimmungen an: In sechs Kantonen, darunter Zürich und Aargau, wird sich das Stimmvolk zum Lehrplan 21 äussern können. In drei weiteren Kantonen sammeln Initianten noch Unterschriften. Zur Frage, ob Primarschüler wieder nur noch eine Fremdsprache lernen sollen, finden Abstimmungen in Baselland, Luzern und Zürich statt. Ob die Bundesgerichtsentscheide auch andere Volksinitiativen verhindern könnten, ist offen. Die Bedingungen von Schwyz und Graubünden unterscheiden sich von der Ausgangslage in den anderen Kantonen. «Das Bundesgericht könnte aber die Gelegenheit nutzen, um allgemeine Überlegungen anzustellen», sagt Auer. - Seite 3

«Der Lehrplan 21 ist das Resultat von Übereifer»

Mit dem Lehrplan 21 soll der Unterricht in der Deutschschweiz einheitlich werden. Bildungsforscher Rudolf Künzli erklärt, wie es zu so vielen Volksinitiativen dagegen kommen konnte.

Tages-Anzeiger, 4.7.2016

Mit Rudolf Künzli sprach Anja Burri

Warum gibt es in so vielen Kantonen derart hartnäckige Lehrplangeegner? Der Lehrplan 21 überfordert viele: Lehrpersonen, Politiker, Eltern.

Wie kommen Sie darauf? Der Lehrplan 21 ist Hunderte Seiten dick und gibt den Lehrpersonen im Detail vor, welche Kompetenzen sie mit den Schülern erarbeiten sollen. Dieses umfassende didaktische Regelwerk eignet sich nicht als Objekt einer öffentlichen Diskussion. Es ist nicht sinnvoll, Kompetenzen und Kompetenzmodelle in der politischen Arena klären zu wollen. Gleichzeitig steht der Lehrplan 21 aber auch für ein neues Verständnis von Schule und Unterricht. Die Frage, was zum Bildungsauftrag der Schule gehört, ist hingegen wichtig. Man sollte sie nicht einer Gruppe pädagogischer Fachleute überlassen. Sie muss öffentlich diskutiert werden.

Darum haben die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren auch eine öffentliche Konsultation organisiert, bei der sich alle äussern konnten. Ja, aber der Lehrplan 21 in seiner heutigen Form eignet sich eben nicht für eine breite öffentliche Diskussion. Vor lauter didaktischen Details sieht man die grossen Linien nicht mehr. Dabei ist genau dies das Bedürfnis: die grossen Linien der künftigen Schule zu diskutieren. Welche Fächer braucht es? Wie stark muss sich die Schule zum Beispiel dem Medienwandel anpassen? Wollen wir die Lerninhalte verbindlich vorgeben oder eben das angewandte Wissen, die Kompetenzen, in den Fokus stellen? Wie weit geht der Erziehungsauftrag der Schule?

Die Lehrplanmacher sind aber auf Kritik eingegangen und haben den Lehrplan 21 entschlackt. Genau dieses Zurückbuchstabieren mitten im Prozess war nicht gut. Es hat die Kritiker in ihren Zweifeln bestätigt. Als die Lehrplan-Verantwortlichen merkten, dass sie zu viel in den Lehrplan hineingepackt hatten, begannen sie, dessen Bedeutung kleinzureden. Plötzlich hiess es, der Lehrplan 21 verändere gar nicht viel und gebe nur Leitplanken vor. Diese Kommunikation - in Kombination mit der Geheimhaltung vor der Konsultation - macht misstrauisch.

Was hätte man sonst tun sollen? Die Verantwortlichen hätten den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen müssen: Es braucht eine öffentliche Debatte über das Verständnis von Schule und ihres Bildungsauftrags. Danach muss dieser Auftrag in einem professionellen Diskurs umgesetzt werden.

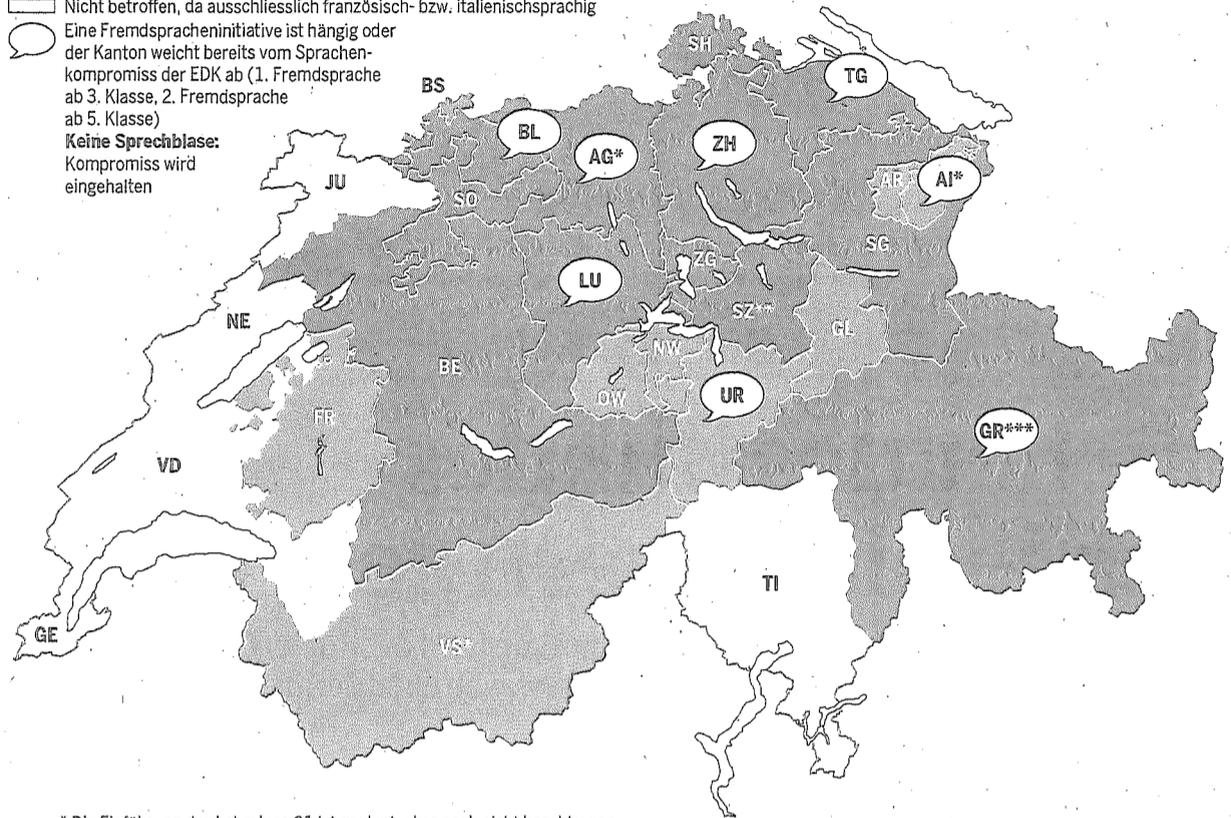
Wie hätten sie diese Debatten voneinander trennen wollen? Für die öffentliche Debatte hätte ein schlanker Bildungsplan genügt, der die Frage beantwortet: Wo soll unsere Schule hin, und was sollen Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit können? Dieser Bildungsplan hätte dann den Experten, Lehrpersonen und Schulleitern als Basis dienen können. Der Lehrplan 21 mischt sich sehr stark ein, er beschreibt einzelne Unterrichtsziele statt die Schulstrukturen. Er ist das Resultat eines politischen und didaktischen Übereifers. Man hat zu viel gewollt.

Wo konkret stellen Sie diesen Übereifer fest? Der politische Übereifer bestand darin, dass man die Schulsysteme harmonisieren wollte, indem man messbare und vergleichbare Lernergebnisse formulierte. Der didaktische Übereifer glaubt, kulturell etablierte Disziplinen und Wissensordnungen neu definieren zu können.

Das müssen Sie erklären. Ein Beispiel ist die Idee, Fächer wie Physik, Chemie und Biologie unter dem Titel Natur und Technik zusammenzufassen. Für die unteren Schulstufen mag dies gut sein und ist dort ja auch Tradi-

Initiativen zum Fremdsprachenunterricht und zum Lehrplan 21

-  Keine Initiative zum Lehrplan 21 (LP 21)
-  Initiative zum Lehrplan 21 geplant, hängig oder angenommen
-  Nicht betroffen, da ausschliesslich französisch- bzw. italienischsprachig
-  Eine Fremdspracheninitiative ist hängig oder der Kanton weicht bereits vom Sprachkompromiss der EDK ab (1. Fremdsprache ab 3. Klasse, 2. Fremdsprache ab 5. Klasse)
-  Keine Sprechblase: Kompromiss wird eingehalten



* Die Einführung des Lehrplans 21 ist geplant, aber noch nicht beschlossen

** Der Schwyzer Kantonsrat hat die Volksinitiative «Nein zum Lehrplan 21» für ungültig erklärt. Dagegen beschwerten sich die Initianten vor Bundesgericht. Der Entscheid steht noch aus.

*** Nachdem das Bündner Verwaltungsgericht die Fremdspracheninitiative für gültig erklärt hat, ist die Sprachenorganisation Pro Grigioni Italiano ans Bundesgericht gelangt. Der Entscheid steht noch aus.

Anstehende Volksabstimmungen:

St. Gallen

September 2016
Volksinitiative für den Austritt aus dem Harmos-Konkordat. Fernziel der Initianten: Verhinderung LP 21

Thurgau

voraussichtlich November 2016
Volksinitiative «Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule» (gegen LP 21)

Aargau

Februar 2017 Volksinitiative
«Ja zu einer guten Bildung. Nein zum Lehrplan 21»

tion. Doch je höher die Schulstufe, desto stärker müssen diese Fächer einzeln behandelt werden. Die Schüler müssen an die Welt, auch an eine wissenschaftliche Sicht der Welt, herangeführt werden. Diese ist nun mal nach Disziplinen wie eben Physik oder Chemie aufgeteilt.

Sie sprechen wie ein Lehrplangeegner.

Nein, verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Der Lehrplan 21 verfolgt ein Ziel, das ich gutheisse: die Harmonisierung der Lernziele in den Kantonen. Und da hat sich seit der Annahme des Bildungsartikels durch das Stimmvolk und der Beschlüsse zum Schulharmonisierungskonkordat Harmos einiges getan.

Nämlich?

Die Erziehungsdirektoren haben viel erreicht: Die Schulstufen wurden einander angeglichen, der Schulbeginn harmonisiert, und man hat gemeinsame Grundkompetenzen für die Schulsprache, die erste Fremdsprache, Mathematik und Naturwissenschaften definiert, welche



Rudolf Künzli
Der Lehrplanforscher (Jahrgang 1941) ist Titularprofessor der Universität Zürich und war Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Baselland

noch kein Termin
Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt»

Luzern

noch kein Termin
Volksinitiativen «Bildungsreformen vor das Volk» und «Eine Fremdsprache auf Primarstufe» (gegen LP 21)

Schaffhausen

noch kein Termin
Volksinitiative «Lehrpläne vors Volk» (gegen LP 21)

die Schüler erreichen sollen. Der Lehrplan 21 hat dazu beigetragen, dass die Bildungsfachleute über die Kantonsgrenzen hinweg enger zusammenarbeiteten. Das ist wertvoll und nicht zu unterschätzen.

Die Debatte über den Lehrplan 21 und den Fremdsprachenunterricht ist geprägt von grossem Misstrauen zwischen den Gegnern. Wie konnte es so weit kommen?

Die Schule hat sich stark verändert und besteht längst nicht mehr bloss aus einer Lehrkraft und den Schülern. Die Schuladministration ist auf allen Ebenen, in den Schulhäusern, den Gemeinden, Kantonen und auf Bundesebene der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stark gewachsen. Zum Beispiel gibt es professionelle Schulleiter oder ganze Abteilungen in den Erziehungsdirektionen, die Reformen aufgleisen. Die Universitäten und neu auch die Pädagogischen Hochschulen haben stark an Einfluss auf die Schulen gewonnen. Je stärker und professioneller diese Schuladministration wird, desto schwächer werden die Verankerung der Schule in der Gesellschaft und die Stellung der Lehrerschaft. Darin sehe ich den eigentlichen Grund für den politischen Widerstand gegen den Lehrplan 21.

Was ist zu tun?

Die Herausforderung für die EDK ist es, die Verankerung der Schule in der Gesellschaft zu fördern und das vielfach verlorene Vertrauen zwischen den ver-

Solothurn

noch kein Termin
Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21»

Zürich

noch kein Termin
Volksinitiativen «Lehrplan vors Volk» und «Für nur eine Fremdsprache an der Primarschule»

schiedenen Ebenen unseres Schulsystems wieder zu gewinnen. Hilfreich wäre auch eine offizielle, gesellschaftsweit diskutierbare kleine Schrift über die Grundlagen und Perspektiven des Schul- und Bildungswesens.

Dafür wird derzeit in vielen Kantonen intensiv über die Schule diskutiert. Ist das nicht positiv?

Die Lehrpläne vors Volk oder vor die Parlamente zu zerren, ist nicht zielführend. Der Streit zum Beispiel im Kanton Baselland hat dazu geführt, dass der Lehrplan 21 so gestutzt wird, dass der Harmonisierungsgedanke Schaden nimmt. In zahlreichen weiteren Kantonen stehen nun Abstimmungen an - über den Lehrplan selbst oder über die Fremdsprachenfrage. Dort überall ist die Harmonisierung in Gefahr.

Die Fremdsprachenfrage wird aber von den Lehrplanmachern bewusst nicht beantwortet.

Das ist es ja: Einerseits bestimmt der Lehrplan die Ziele des Unterrichts messbar genau, andererseits klammert er externen wichtige Fragen der Schulharmonisierung - etwa zum Fremdsprachenunterricht - aus. So gibt es einige Kantone wie Thurgau, Appenzell Innerrhoden oder Uri, die sich nicht einmal an den Fremdsprachenkompromiss der EDK halten wollen. Deshalb werden wir nach Abschluss aller kantonalen Abstimmungen eine neue Schuldebatte brauchen. Losgelöst vom Lehrplan 21.

TA-Grafik mruue/ Quelle: Recherche TA